



8

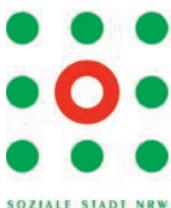
Klimagerechte Stadt(teil)entwicklung

Dokumentation der Veranstaltung

im Rahmen der Werkstattreihe des Städteternetz Soziale Stadt NRW

Sozialraumorientierung und ressortübergreifende Handlungsansätze in der Stadtentwicklung und im Quartier

am 10. Oktober 2018 in Dinslaken



SOZIALE STADT NRW



Städteternetz
Soziale Stadt NRW

Impressum

Herausgeber

Stadt Essen, der Oberbürgermeister
Städtenetz Soziale Stadt NRW
Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement
Rathenaustraße 2
45121 Essen

Bearbeitung

STADTRAUMKONZEPT GmbH
Marion Kamp-Murböck, Charlotte Hugot, Jonas Wiengarn

Layout und Satz

STADTRAUMKONZEPT GmbH
Susanne Fasselt, Sebastian Siebert

Fotos (sofern nicht anders angegeben)

Daniel Sadrowski

Essen, März 2019

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Werkstattreihe

Sozialraumorientierung und ressortübergreifende Handlungsansätze in der Stadtentwicklung und im Quartier

„Klimagerechte Stadt(teil)entwicklung“
am 10. Oktober 2018 in Dinslaken

Stiftung Ledigenheim | Stollenstraße 1 | 46537 Dinslaken-Lohberg

Inhalt

Begrüßung.....	2
Impulsvorträge	
<i>Klima im Quartier - Lösungsansätze und Praxisbeispiele aus Nordrhein-Westfalen</i>	4
<i>Innovatives Energiekonzept - CO₂</i>	10
<i>Neue Partnerschaften in der Quartiersentwicklung: Das Projekt "Nachhaltigkeit nimmt Quartier" in Castrop-Rauxel Merklinde</i>	14
Berichte und Erkenntnisse aus den Werkstattgruppen	
<i>Werkstattgruppe 1: Klimaanpassung im Quartier</i>	18
<i>Werkstattgruppe 2: Klimagerechter Stadtumbau</i>	23
Arbeitsauftrag an das Städtetz Soziale Stadt NRW und Abschluss.....	27

Hinweis: Diese Dokumentation erfasst den Grundtenor der Diskussionen im Rahmen der Veranstaltung und gibt damit nicht zwingend alle Einzelmeinungen wieder.

Begrüßung

Marco Eißing und Luise Jäger, Geschäftsstelle des Städteneetzes
Soziale Stadt NRW

Die Werkstattreihe des Städteneetzes Soziale Stadt NRW „Sozialraumorientierung und ressortübergreifende Handlungsansätze in der Stadtentwicklung und im Quartier“ zielt darauf, eine breite Palette quartiersrelevanter Themen für die Gebiete der „Sozialen Stadt“ in Nordrhein-Westfalen (NRW) aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten, offene Fragen zu diskutieren und neue Antworten zu finden. Vor allem sollen die Veranstaltungen jedoch Gelegenheit bieten, mit Akteuren aus anderen thematischen Netzwerken die eigene Sichtweise zu reflektieren und zu erweitern. Letztlich geht es darum, gemeinsam die Weichen für die Zukunft zu stellen. Die Fachdiskussionen werden als Grundlage der Weiterentwicklung der Arbeit gesehen.

Zur achten Veranstaltung in dieser Reihe begrüßten Marco Eißing und Luise Jäger die Teilnehmenden im Ledigen-

heim in Dinslaken-Lohberg. Zum Thema „Klimagerechte Stadt(teil)entwicklung“ kamen Vertreterinnen und Vertreter von 16 Kommunen und von Trägern des Quartiersmanagements zusammen. Im Mittelpunkt standen die verschiedenen Handlungsfelder, Strategien und Maßnahmen einer klimagerechten Stadt(teil)entwicklung. Diese sollten näher betrachtet und Möglichkeiten zur Schaffung einer größeren Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten diskutiert werden. Wie auch bei den vorangegangenen Veranstaltungen speisten Impulsvorträge Informationen ein, bevor die Diskussion in Arbeitsgruppen intensiviert wurde.

Ein besonderer Dank als Gastgeberin und für die organisatorische Unterstützung galt Janet Rauch von der Stiftung Ledigenheim Dinslaken-Lohberg, die ein paar erläuternde Worte zum Veranstaltungsort an die Teilnehmenden richtete.



Willkommen in Ledigenheim!

Janet Rauch, Stiftung Ledigenheim

Das Ledigenheim Dinslaken-Lohberg wurde etwa 1916 für ledige Bergleute errichtet, die nicht bei den Familien in den Zechenhäusern wohnen sollten. Es gab im Ruhrgebiet mehrere solcher Häuser, von denen viele bereits abgerissen oder nicht mehr öffentlich zugänglich sind. Ein kleines Museum im Ledigenheim gibt einen Einblick, wie die Bergleute früher hier gelebt haben. Insgesamt konnten bis zu 540 Männer auf rund 6.400 qm wohnen. Der heutige Saal war damals auch Veranstaltungssaal (z.B. für Boxkämpfe), wurde aber auch als Kantine genutzt. Bis in die Mitte der 1960er Jahre hinein wurde das Ledigenheim als solches genutzt.

Seitdem hat es eine wechselvolle Belegung und Nutzung hinter sich: Von Teestuben und einer Sparkassenfiliale über Räume für verschiedene Vereine bis hin zu einem Gemüseladen und einem Dönerrestaurant fanden verschiedene Nutzungen im Ledigenheim Platz - aber auch Prostitution und Drogenhandel.

Das Gebäude war schließlich baulich stark verändert und in einem sehr schlechten Zustand, vor allem die Situation innerhalb des Gebäudes war kritisch. So entstand die Diskussion um die Zukunft des Gebäudes – sollte man es abreißen oder sanieren? Die Stadt entschloss sich – auch aufgrund der städtebaulichen Dominanz des großen Backsteinbaus – zur Sanierung.

Im Jahr 2000 wurde Lohberg in das damalige Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (heute: Programm „Soziale Stadt“) und damit in die Städtebauförderung aufgenommen und die Sanierung – u.a. mit Mitteln des EU-Ziel-2-Programms – begonnen. Im Jahr 2007 konnte das sanierte Ledigenheim, in das insgesamt 9,4 Mio. Euro investiert wurden, eröffnet werden.

Zum Erhalt und zur Vermietung des Gebäudes wurde bereits in der Bauphase eine Stiftung gegründet. Diese verfolgt keine Gewinnabsicht. Die Einnahmen fließen direkt in das Gebäude. Dieses beherbergt heute u.a. Praxisräume, Architekten, Ladenlokale und ist Veranstaltungsort z.B. für Theateraufführungen und Tagungen. Es ist kein Zuschussbetrieb und auch keine Einrichtung der Stadt. Die Einnahmen werden über die Vermietung erzielt. Faktoren für den Erfolg in der Vermietung sind: Die Raumgrößen sind flexibel, die Stiftung ist immer ansprechbar und sehr kooperativ und Lohberg liegt nahe an der Autobahn und ist damit gut und schnell zu erreichen. Die sanierten Räume sind derzeit zu 95 % vermietet.

Dieser Erfolg unterstützt auch das Ziel, das Image Lohbergs zu verbessern. Denn Mieterinnen und Mieter, die hier waren, berichten in der Regel positiv über den Standort und sorgen so für positive Nachfrage.



Klima im Quartier - Lösungsansätze und Praxisbeispiele aus Nordrhein-Westfalen

Dr. Michael Walther, KlimaExpo NRW

Die KlimaExpo.NRW ist eine Initiative der nordrhein-westfälischen Landesregierung und wurde ins Leben gerufen, um die Energiewende, den Klimaschutz und die notwendige Anpassung an die Folgen des Klimawandels als Schubkräfte einer nachhaltigen Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar zu machen. Sie ist bis 2022 Leistungsschau und Ideenlabor zugleich für den Standort Nordrhein-Westfalen. Die KlimaExpo.NRW möchte erfolgreiche Projekte einem breiten Publikum verständlich und erfahrbar machen und dadurch zusätzliches Engagement für den Klimaschutz fördern. Dazu sucht die KlimaExpo.NRW nach guten Ansätzen zum Umgang mit den Folgen und den Auswirkungen der klimatischen Entwicklung und nach Ansätzen für den Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen. (vgl. auch www.klimaexpo.nrw, aufgerufen am 16.01.19).

Herr Walther erläuterte in seinem Beitrag die vier Themenwelten der KlimaExpo.NRW, innerhalb derer eine breite Palette an Ansätzen identifiziert werden konnte und stellte jeweils Praxisbeispiele vor. Der Fokus seiner Ausführung lag dabei auf Maßnahmen für Klimaschutz und -folgenanpassung auf der Quartiersebene in Verbindung mit sozialen Aspekten.



Themenwelt 1 - Energie neu denken

Auf Quartiersebene wird in dieser Themenwelt bereits viel unternommen, dazu gehören unter anderem die Verbraucherberatung und die energetische Sanierung. Problematisch auf Quartiersebene ist vor allem, dass die nötigen (privaten) Investitionsmittel gerade in den benachteiligten Quartieren nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Viele Maßnahmen erfolgen daher vor allem in den Stadtteilen, denen es ohnehin etwas besser geht. Inhaltliche Aspekte dieser Themenwelt sind u.a. Erneuerbare Energien, Strom-, Gas-, Wärme- und Kältenetze, Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Energiespeicherung, Smart Grids sowie virtuelle Kraftwerke.

Praxisprojekte zum Thema „Energieerzeugung und Energieverbrauch im Quartier“

1.1 Mieterstrom

Das Thema Mieterstrom ist „im Kommen“ – allerdings ist die notwendige Gründung eines eigenen Energieversorgungsunternehmens gleichzeitig eine große Hürde. Mit dem Projekt „Veedel Energie“ hat die GAG Immobilien AG in Köln als erstes Wohnungsunternehmen Mieterstrom im Angebot:

Veedel Energie GAG Immobilien AG, Köln

(<http://www.klimaexpo.nrw/?id=528>)

Mit „Veedel Energie“ bietet das größte Wohnungsunternehmen in Köln, die GAG Immobilien AG, ihren eigenen Mieterstrom an. Er wird vor Ort durch Blockheizkraftwerke erzeugt und bei Bedarf mit zertifiziertem Ökostrom ergänzt. So können die Bewohner eines Neubaus mit 72 Wohnungen mit günstigem, selbst erzeugtem Strom versorgt werden. Alleine im Pilotprojekt können so pro Jahr bis zu 115 Tonnen CO₂ eingespart werden.

Insbesondere für (größere) private Vermieter ist das Thema Mieterstrom ein Zukunftsthema.

1.2 Energetische Sanierung

Energetische Sanierung ist ein großes Thema auch auf Quartiersebene (vgl. auch den Beitrag von Heike Schulz ab Seite 10).

Energielabor Ruhr in Gelsenkirchen-Herten.

(<http://leistungsschau.klimaexpo.nrw/projekte-vorreiter/energielaborruhr.html#filter%5Binit%5D=1>)

Die Städte Gelsenkirchen und Herten versuchen beispielhaft eine klimagerechte Entwicklung eines die Stadtgrenzen überschreitenden Quartiers gemeinschaftlich umzusetzen und die energetische Sanierung als Motor für die Stadtentwicklung zu nutzen.

Das Quartier rund um das ehemalige Bergwerk Westerholt sowie die umliegenden Stadtteile Hassel, Westerholt und Bertlich sollen durch eine eigene Förderrichtlinie und ein passendes Nahwärmekonzept dazu bewegt werden, ihre Häuser energetisch zu sanieren. Bisher wurden jährlich 1.300 Tonnen CO₂ eingespart. Durch die Infostelle „Energielabor Ruhr“ soll auch für die Zukunft gewährleistet werden, dass nach und nach mehr Eigentümerinnen und Eigentümer ihre Häuser energetisch sanieren.

Das Projekt zeigt gut, wie wichtig zum einen Ansprechpersonen im Quartier und zum anderen Fördergelder sind, um Maßnahmen in dieser Größenordnung anzuschieben. Aber auch die dauerhafte und nachdrückliche Information und Kommunikation ist ein wichtiger Baustein. Die große Hürde für die breite Übertragung des Projekts auf weitere Städte/Stadtteile ist die Finanzierung – hier wurde es mit Bundesmitteln gefördert.

1.3 Gebäudetechnik

Vor allem InnovationCity hat hier einzelne Musterprojekte hervorgebracht, u.a.:

„100 KWK-Anlagen“ / „KWK plus Speicher“ (Fortsetzungsprojekt)

Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) können mit ihrer dezentralen Erzeugung von Wärme und Strom ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz und die Energiewende sein – vor allem beim Einsatz in Bestandsgebäuden. Das Gas- und Wärme-Institut Essen (GWI) hat dazu in einem Projekt 100 Mikro-KWK-Anlagen in Ein- und Mehrfamilienhäusern sowie kleineren Gewerbeeinheiten in Bottrop in der Praxis getestet – und dabei Anlagenhersteller, Planerinnen und Planer, Installateure, Energieversorgungsunternehmen und Endnutzende einbezogen. Ziel des Projekts war es herauszufinden, welche KWK-Anlage wo den größten Nutzen erzielt.

Auch in diesem Bereich bestehen verschiedene regulatorische Hürden, vor denen gerade Kleingewerbe und private Vermieterinnen und Vermieter zurückscheuen. Kraft-Wärme-Kopplung wird dabei als klassische Übergangstechnologie auf dem Weg zur vollständig klimaneutralen Energieversorgung gesehen.

1.4 Information und Verhalten

Die direkte Ansprache der Menschen im Quartier und das Vorhalten von Infor-

mationen direkt vor Ort sind wichtige Elemente im Bereich der Energieeinsparung. Zwei Beispiele zeigen auf, wie es gehen kann:

Effizienzquartier Unionviertel

(<http://leistungsschau.klimaexpo.nrw/projekte-vorreiter/unionviertel.html#filter%5Binit%5D=1>)

Von 2010 bis 2015 erprobte die Stadt Dortmund einen breiten Mix an Maßnahmen, um der Bewohnerschaft das Thema Energieeffizienz und die dazugehörigen Beratungsangebote näher zu bringen. Durch die neu entwickelten Maßnahmen, die spezifisch auf die Einwohnerstruktur zugeschnitten wurden, hat sich während der Projektlaufzeit eine Klimaschutzdynamik im Quartier entwickelt. Durch das neue Angebot konnten viele Eigentümerinnen und Eigentümer direkt im Quartier, in Vereinen und zuhause angesprochen und viele bauliche Maßnahmen umgesetzt werden. Das neue Angebot im Unionviertel war so erfolgreich, dass das Angebot auf andere Stadtteile übertragen wird.



Stromsparcheck der Diakonie

(<https://www.diakonie-mse.de/einrichtungen/stromspar-check>)

Deutschlandweit gibt es bereits seit 2009 den Stromsparcheck der Diakonie, der vor allem für einkommensschwächere Haushalte angeboten wird. Umgeschulte Langzeitarbeitslose werden dabei zur Energieberatung eingesetzt. Neben dem persönlichen Nutzen durch den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt bringen sie auch Potenziale für die Beratung mit: Sie finden zum einen leichten Zugang zu der Zielgruppe und können zum anderen die Lage besser einschätzen, in der sich die

zu beratenden Menschen befinden. In Nordrhein-Westfalen wurde die Maßnahme „Kühlschranktausch“ als erfolgreiches Zusatzelement eingerichtet.



Themenwelt 2 - Mobilität

Das Thema Mobilität im Quartier ist zwangsläufig eingebettet in übergreifende Mobilitätskonzepte auf städtischer oder regionaler Ebene. Auf der Quartiers-ebene selbst geht es vor allem um die Qualität und die Vielfalt des Mobilitätsangebotes. Weitere Aspekte dieser Themenwelt sind: Intelligente Vernetzung von Verkehrsträgern, Ausbau von E-Mobilität, alternative Kraftstoffe, Infrastruktur sowie neue Nutzungsmodelle (Car-Sharing, Miet-Fahrrad).

Praxisprojekte zum Thema „Mobilität im Quartier“

2.1 Infrastruktur für klimafreundliche Mobilität

Hier geht es vor allem um die Weiterentwicklung des Radverkehrs (z.B. den RS1 (<http://www.rs1.ruhr/>)), aber auch der Fußgängerverkehr ist Teil der Quartiersmobilität und wird häufig übersehen.

Foto: Radschnellweg Ruhr
Quelle: AGFS / Peter Obenaus



Neue Bahnstadt Opladen

(<http://leistungsschau.klimaexpo.nrw/projekte-vorreiter/neuebahnstadtopladen.html#filter%5Binit%5D=1>)

Das große Projekt in Leverkusen ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein ganzes Quartier hinsichtlich klimafreundlicher Mobilität aufgestellt sein kann. Die neue Bahnstadt Opladen entsteht auf einer ehemaligen Bahnfläche. Von Anfang an standen bei der Planung der Klimaschutz und die Klimaanpassung sowie eine ökologische Aufwertung des Areals im Vordergrund.

Durch die kurzen Wege, neue Radwege und eine Vielzahl von umfangreichen Grünflächen („Grünes Kreuz“) bietet das Quartier eine gute Grundlage für klimafreundliche Mobilität und erfüllt somit wichtige klimaökologische Funktionen.

2.2 Sharing-Angebote

Sharing-Angebote werden längst nicht in allen Quartieren gleichermaßen umfangreich angeboten, sondern häufig dort, wo artikulationsstarke Gruppen das Bedürfnis nach Car- oder Bikesharing-Angeboten deutlich machen können. Auch die ökonomische Rentabilität von Standorten spielt eine Rolle bei der Standortwahl.

VeloCity Aachen

(<http://leistungsschau.klimaexpo.nrw/projekte-vorreiter/velocityaachen.html#filter%5Binit%5D=1>)

Das Projekt „VeloCity Aachen“ bietet ausleihbare Elektrofahrräder an und wurde von Studierenden aus der Universität heraus gestartet. Dabei zielt das Konzept nicht nur auf die üblichen Hauptwegeverbindungen zur Universität, sondern es geht darum, das Stationssystem über die gesamte Stadt zu verteilen und damit ein flächendeckendes Fahrradverleihsystem aufzubauen.

DonkEE

(<http://leistungsschau.klimaexpo.nrw/projekte-vorreiter/donkee.html#filter%5Binit%5D=1>)

In Köln startete das Unternehmen „DonkEE“ einen umfassenden Elektro-Lastenradverleihservice. Auch in anderen Städten gibt es Lastenradverleihsysteme – wie z.B. in Essen. Vielfach geht es dort vor allem darum, Lastenradbesitzer zu vernetzen, damit die Räder einer größeren Gruppe zur Verfügung gestellt werden können.

2.3 ÖPNV

Was zukunftsfähige ÖPNV-Systeme betrifft, so liegen die Handlungsschwerpunkte hier derzeit noch im ländlichen Raum. Daher sind dort zurzeit auch die innovativsten Konzepte zu finden. Aber auch in städtischen Quartieren muss das Thema weiterentwickelt und von der Stadtplanung in den Blick genommen werden, damit Stadtteile nicht dauerhaft abgehängt werden.

2.4 Ladeinfrastruktur

Die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ist ein großes und wachsendes Thema.

Grow Smarter: Klimafreundlich Wohnen in der Stegewaldsiedlung

(<http://leistungsschau.klimaexpo.nrw/projekte-vorreiter/growsmarter.html#filter%5Binit%5D=1>)

Das Quartiersprojekt „Grow Smarter: Klimafreundlich Wohnen in der Stegewaldsiedlung“ ist deutlich umfassender konzipiert und nicht nur auf Ladeinfrastruktur bezogen, da es auch die Themen Erneuerbare Energien, Energiespeicherung und Förderung der E-Mobilität beinhaltet – verknüpft mit der Bereitstellung der entsprechenden Ladeinfrastruktur.

Aldi Süd: Ladesäulen

(<http://leistungsschau.klimaexpo.nrw/unternehmen-schrittmacher/aldisued.html#filter%5Binit%5D=1>)

Die Discounterkette „Aldi Süd“ zeigt, wie Klimaschutz mit strategischen ökonomischen Erwägungen verbunden werden kann: Die derzeit angepeilten etwa 20-minütigen Ladestopps zum Aufladen von Batterien können von den Wartenden gut zum Einkaufen genutzt werden, weshalb „Aldi Süd“ eine flächendeckende Ausstattung der eigenen Parkplätze mit E-Ladesäulen plant.



Themenwelt 3 - Ressourcen schonen

Die Stellschrauben zum Thema „Ressourcen schonen“ liegen sehr stark im Konsumbereich und setzen damit auch bei individuellen Verhaltensweisen an. Dabei ist die Nachhaltigkeit in diesem Bereich allen Bekundungen zum Trotz noch nicht sehr umfassend umgesetzt. Zwei Schlüsselthemen sind die Bereiche „Nachhaltiger Konsum“ sowie das „Produkt-Sharing“; aber auch das Thema „Urbane Produktion“ gewinnt an Relevanz. Weitere Aspekte dieser Themenwelt sind: Steigerung der Energie- und Materialeffizienz in der Produktion und beim Verbraucher, Industrie 4.0 sowie Recycling.

Praxisprojekte zum Thema „Ressourceneffizienz im Quartier“

3.1 Nachhaltiger Konsum

Positive Ansätze sind gerade auf Quartiersebene zu finden, wie z.B. Sharing-Initiativen, Repaircafés, Urban-Gardening-Initiativen oder auch Entwicklungen in Richtung Urbane Produktion. Vielfach werden damit gleichzeitig auch soziale Ziele verfolgt, was sie im besten Sinne nachhaltig macht.

Ein gutes Beispiel ist das Projekt „**Mehrwert NRW**“ der Verbraucherzentralen,

die viele Initiativen beraten und unterstützt haben und u.a. eine eigene Landkarte angelegt haben, die Repaircafés, Garteninitiativen usw. aufzeigt und vorortet. (<https://www.mehrwert.nrw/>)

Urbane Produktion.ruhr

Es wird zunehmend die Frage gestellt, wie es gelingen kann, Stadtquartiere wieder stärker zu durchmischen, wie die strikte Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten aufgehoben werden kann und welche Wirtschaftsbereiche man wieder stärker in die Stadtteile integrieren kann. Weitere Ziele sind eine stärkere Durchmischung von Stadtquartieren, u.a. durch einen Wandel in der Industrie wieder kürzere Wege zu ermöglichen sowie letztlich mehr Lokalität von Unternehmen zu schaffen und damit eine stärkere Präsenz und Bindung vor Ort zu erzielen.

Im Rahmen des Projekts „Urbane Produktion.ruhr“ wurde ein solches lokales Zentrum in Bochum Langendreer in einer ehemaligen Kirche geschaffen. In dem sogenannten „LutherLab“ wurden mit den Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern Fragen diskutiert, z.B. wie man die Quartiersgesellschaft wieder besser miteinander vernetzen kann. In diesem Prozess sind ebenso soziale, wie auch ökologische und ökonomische Effekte zu verzeichnen. Derzeit laufen Planungen für ein vergleichbares Reallabor in Wattenscheid.

Themenwelt 4 - Quartiere entwickeln

Wenn es um nachhaltige Quartiersentwicklung im Sinne des Klimaschutzes und vor allem der Klimafolgenanpassung geht, sind die Kommunen anderen Akteuren gegenüber klar in der Vorreiterrolle. Relevante Arbeitsfelder dieser Themenwelt sind: Klimagerechte Erneuerung von Stadtquartieren und Kommunen, Steigerung der Wohn-/Lebensqualität sowie Anpassung an den Klimawandel.



Praxisprojekte zum Thema „Klimafolgenangepasste Quartiere“

4.1 Begrünung

Begrünung ist mehr als Klimaschutz und Stadtästhetik, sondern schafft zum Beispiel auch wichtige Zwischenspeicher für die Abmilderung der Folgen von Starkregenereignissen. Ein Beispiel ist das Projekt „**Natur in Grauen Zonen: Mehr Grün für die Stadt**“ in Duisburg. Hier sollen vor allem die vielen versiegelten Flächen auf Plätzen, Parkplätzen, Hinterhöfen und

Dächern angegangen werden. (<http://leistungsschau.klimaexpo.nrw/projekte-vorreiter/naturingrauezonen.html#filter%5Binit%5D=1>)

Auch Fassadenbegrünung ist ein wichtiges Thema – hier in erster Linie als Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und Verminderung von Überhitzung.

4.2 Blaue Infrastruktur als Quelle und Senke

Über die Bereithaltung von Quellen und Senken zum Abfangen von Überschwemmungen sowie die klassischen präventiven Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern hinaus gilt es, kleinteiligere Maßnahmen zu ergreifen, z.B. Versickerungsgruben an den Straßenrändern anzulegen. Aber auch Flächen, die gezielt als Überflutungsraum für den Notfall ausgewiesen werden, gehören in das Konzept. In Hamburg wurde nun erstmals und zudem durchaus umstritten ein Spielplatz als „multifunktionale Retentionsfläche“ ausgewiesen, in Köln werden derzeit Plätze konsequent geprüft und verändert, aber auch in anderen Städten steht das Thema auf der Agenda. Wichtig ist es, frühzeitig zu wissen, wo das Wasser hingeleitet werden kann. Gerade vor dem Hintergrund des heißen Sommers 2018 sind unter dem Stichwort Wasser auch die Bewässerungsplanung sowie die entstehenden Kosten für die neu anzulegenden Grünbereiche mit zu planen.

Grün-blauer Klimakorridor Kamen: ein Korridor für Klimaschutz und -anpassung

(<http://leistungsschau.klimaexpo.nrw/projekte-vorreiter/klimakorridorkamen.html#filter%5Binit%5D=1>)

Mit der ökologischen Umgestaltung des Heerener Mühlbachs wurde in Kamen ein sogenannter „grün-blauer Klimakorridor“ hergestellt. Der natürliche Gewässerlauf dient als „kommunale Kli-

maanlage“ und ist eine der zahlreichen Maßnahmen, die das Mikroklima, die Biodiversität und die Lebensqualität für der Anwohnerinnen und Anwohner im direkten Umfeld verbessern. Das Projekt hat in besonderer Weise die Themen Gewässerrenaturierung und Klimafolgenanpassung explizit miteinander verbunden.

4.3 Frischluftschneisen

Auch dieses Thema ist nach dem vergangenen Sommer leichter zu transportieren, da die Folgen von Überhitzung in der Stadt deutlich für alle zu spüren waren. Während tagsüber vor allem die in der Regel hoch versiegelten Gewerbegebiete mit Flachdächern von der Überhitzung betroffen waren, litten innerstädtische Wohnquartiere vor allem darunter, dass die Hitze nachts nicht abtransportiert werden konnte. Ab einer Nachttemperatur von 20 Grad spricht man von einer Tropennacht – bei mehr als zehn Tropennächten im Sommer fällt die Leistungsfähigkeit der Menschen deutlich ab. Es ist u. a. Aufgabe der Stadtplanung, die notwendigen Schneisen freizuhalten oder zu schaffen, damit die Hitze nachts abfließen bzw. kühlere Luft einfließen kann. Oft stellt sich hierbei die Frage „Welche (Bau)Maßnahme setzen wir nicht um, um die vorhandenen Schneisen nicht zu gefährden?“ Gerade angesichts der aktuellen Wohnungsknappheit entsteht hier für die Kommunen ein Zielkonflikt.

CoProGrün

(<http://www.coprogruen.de/gruenzug-f.html>)

Ein aktuelles Beispiel ist der Prozess um den Grünzug F (CoProGrün), der sowohl auf Dortmunder als auch auf Castrop-Rauxeler Gebiet liegt. Mit Unterstützung der Kommunen wurden soziale Initiativen, Gärtnerinitiativen aber auch ansässige Landwirte zusammengebracht, um gemeinsam nach einem sozialen Mehrwert durch den Erhalt des Grünzugs zu suchen. Denn aufgrund des hohen Planungsdrucks auf den Freiraum sind zusätzliche Argumente zur Erhaltung des Grünzugs notwendig, um dadurch das etwas sperrige und für viele wenig greifbare Thema „Klimafolgenanpassung“ zu unterstützen.

Weiterführende Informationen zur KlimaExpo.NRW sowie zu den aufgeführten und vielen weiteren Projekten sind auf der Internetseite www.klimaexpo.nrw nachzulesen. Die Projekte sind hier nach den Themenwelten sortiert, können aber

Foto: Grün-blauer Korridor
Quelle: Lippeverband



auch über eine Landkarte unter <http://www.klimaexpo.nrw/leistungsschau/schrittekarte/> nach ihrer räumlichen Lage recherchiert werden.

BEITRÄGE AUS DER DISKUSSION

Reicht es aus, „Dinge nicht zu tun“, um Überhitzung zu vermeiden? Müssen nicht auch Frischluftschneisen neu geschaffen werden – mit allen Zielkonflikten, die dabei bestehen?

Herr Walther bestätigte, dass auch das diskutiert werden muss. Sofern es keine bestehenden Schneisen oder aber Möglichkeiten gibt, innerhalb der Stadt neue Frischluftentstehungsgebiete anzulegen, müssten neue Schneisen geschaffen werden. In dieses Thema spielt auch die künftige Stadt-Land-Dynamik mit hinein: Aktuell verzeichnen die Städte nach wie vor positive Wanderungsgewinne gegenüber dem Land. Wie sich dies jedoch angesichts des Klimawandels verändern könnte oder wird – darüber ist noch viel zu wenig bekannt. So könnte sich dieser Trend abschwächen, es können jedoch auch Umzugsdynamiken innerhalb der Städte entstehen, bei denen diejenigen, die es sich leisten können, in Städte oder Stadtteile ziehen, die besser vor Klimafolgen geschützt sind. Hier entstünde dann ein neues sozio-ökologisches Gefälle.

Reichen Schneisen und Begrünungen aus, um die "Hitze aus der Stadt zu kriegen"? Welche Maßnahmen müssen noch ergriffen werden?

Wasserflächen – auch als kleine Flächen bzw. Wasserläufe – und Grünflächen sind wichtige Elemente eines Konzeptes zum Hitzeschutz in Städten, aber die zentralen Maßnahmen sind Frischluftschneisen. Je nach Topographie und Luftströmungen kann sich auch bereits eine aufgelockerte durchgrünte Bebauung positiv auf die Temperatur auswirken, ohne dass ganze Schneisen geschlagen werden müssen. Aber das ist abhängig vom Einzelfall und kann nicht verallgemeinert werden. Wichtig ist in jedem Fall, dass es Frischluftentstehungszonen gibt, die im Austausch mit der Stadtluftzone stehen. Diese können auch nicht ohne weiteres neu geplant und eingerichtet werden. Umso wichtiger sind barrierefreie Verbindungen aus der Stadt in das Umland.

Zudem muss – so ein Beitrag aus dem Kreis der Teilnehmenden – darauf geachtet werden, dass gerade in den bereits



Foto: Industriekultur

Quelle: CoProGrün,
Bernd Pölling

verdichteten Gebieten (wie zum Beispiel in der Dortmunder Nordstadt) nicht jede kleine Austauschfläche bebaut, jede Baulücke geschlossen und jedes Gebäude bis zum Dachanschluss hochgezogen wird. Die freien Flächen und Lücken in der Stadt müssen eine andere Bedeutung bekommen – auch wenn es hier einen offensichtlichen Konflikt mit dem Druck auf dem Wohnungsmarkt gibt. Die Frage sei, um welchen (klimatischen) Preis und unter welchen Wohnbedingungen an diesen Stellen Wohnraum geschaffen wird.

Im vergangenen Sommer mit den extremen Temperaturen wurde der Zusammenhang zwischen Hitze und Mortalität besonders deutlich. Die Stadtplanung bzw. -entwicklung wird hier hinsichtlich der Klimafolgenanpassung in der Verantwortung gesehen.

Wie ist in diesem Zusammenhang der wachsende Trend zu steinernen Vorgärten einzuordnen?

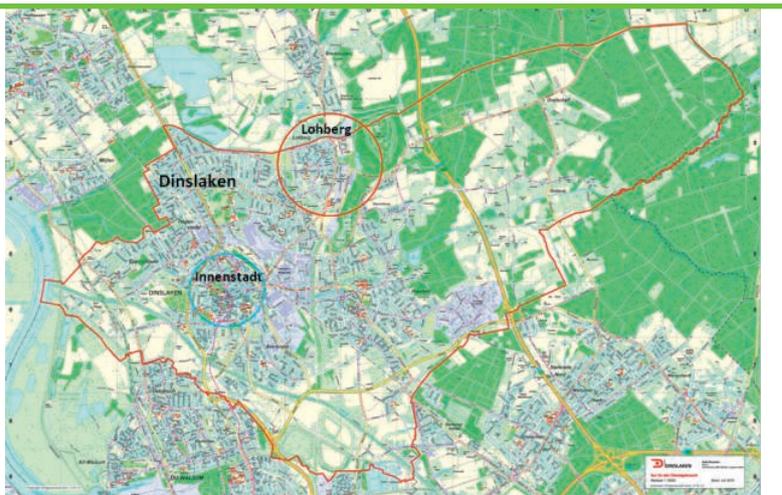
Bislang wurden diese in den Kommunen nicht so kritisch gesehen, weil das Wasser dennoch versickern kann, aber die Aufheizung der Flächen ist deutlich spürbar. Auch bei Starkregenereignissen bieten die Steingärten weniger Rückhalt als grüne Gärten. Das Argument des geringeren Pflegeaufwandes, das gerade ältere Menschen oftmals in die Diskussion bringen, greift nur bedingt, weil die Flächen nach drei Jahren stark vermoosen. Hier hilft nur Aufklärung und Kommunikation. Vielen Menschen ist nicht bewusst, welche Maßnahmen sich wie auswirken – z.B. ist es schon vorgekommen, dass eine als Retentionsfläche angelegte Senke in einer Wiese für einen Planungsfehler gehalten wurde.

Innovatives Energiekonzept - CO₂-neutrales Stadtquartier Dinslaken-Lohberg

Heike Schulz, Stadt Dinslaken

Frau Schulz begrüßte die Anwesenden der Werkstatt und eröffnete ihren Vortrag mit einer kurzen Vorstellung der Stadt Dinslaken sowie des Stadtquartiers Lohberg. Es befindet sich mit rund 6.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Norden der Stadt an der Grenze zur Nachbargemeinde Hünxe im Kreis Wesel. Die markanten Kennzeichen Lohbergs sind das ehemalige Bergwerk und die historische Zechensiedlung. Prägend ist ebenfalls die schon von weitem sichtbare Haldenlandschaft, welche mit mehr als 250 Hektar eine der größten im Ruhrgebiet darstellt.

Abb. 2: Einordnung
Lohbergs im städtischen
Gefüge
Quelle: Kartendaten
Regionalverband Ruhr.
CC-BY 4.0



Im Jahr 1907 nach dem Vorbild englischer Gartenstädte geplant, galt die Arbeitersiedlung Lohberg zusammen mit den Schachtanlagen als Europas modernster Zechenstandort. Seither ist die Ruhrgebietsgeschichte in Lohberg unmittelbar greifbar: Ruhrkampf, Kohlebarone, Wirtschaftswunder, Glanz und Niedergang des Bergbaus, Zuwanderung und kulturelle Vielfalt haben den Stadtteil Lohberg geprägt und vielfältige Spuren hinterlassen. Heute steht die Siedlung mit den Innenhöfen und dem alten Baumbestand komplett unter Denkmalschutz und auf dem seit dem Jahr 2005 stillgelegten Zechengelände wurden in mehreren Bebauungsstufen bereits ein Park und neue Erschließungswege angelegt sowie Flächen für Wohnen und für Gewerbe neben den erhaltenen Zechenbauwerken entwickelt.

Der Stadtteil Lohberg bildet somit auch aufgrund seiner besonderen Entwicklungsgeschichte seit fast 20 Jahren einen wesentlichen Schwerpunkt der Stadtentwicklungsplanung Dinslakens und wurde nach Erstellung eines Integrierten Handlungskonzepts im Jahr 1999 in das integrierte Handlungsprogramm für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf NRW“ (heute: Soziale Stadt NRW) aufgenommen, in welchem er mit einzelnen Unterbrechungen bis zum Ende des Jahres 2016 vertreten war. Mit Hilfe der Umsetzung verschiedener baulicher und sozialer Projekte (u. a. Umbau des ehemaligen Ledigenheims, Nachnutzung des Zechengeländes) konnten im Laufe der Zeit das Image des Stadtteils verbessert, die soziale Lage der Bewohnerschaft stabilisiert sowie die räumliche Situation aufgewertet werden.



Abb. 3: Rahmenplan
Kreativ.Quartier.Lohberg

Quelle: Stadt Dinslaken
und RAG Montan
Immobilien GmbH
auf Grundlage
Rahmenplanung

Bürogemeinschaft
stegepartner | lohrer.
hochrein | ambrosius
blanke

Anlass und Ziele des innovativen Energiekonzepts für Lohberg

Nach der Stilllegung des Zechengeländes im Jahr 2005 rückten zuerst die Reaktivierung und städtebauliche Neuordnung des Areals sowie eine neue Verknüpfung der Flächen mit dem umgebenden Stadtteil in den Fokus der Planungen. Bereits

frühzeitig wurden eine Rahmenplanung für das Areal unter dem Leitbild „Lohberg und die Halde werden EINS“ und der Marke „Kreativ.Quartier.Lohberg (KQL)“ durch eine Projektgemeinschaft zwischen der Stadt Dinslaken und der RAG Montan Immobilien GmbH vorangetrieben.

In diesem Kontext wurde zwischen 2012 und 2014 ein Konzept zur Entwicklung eines CO₂-neutralen Quartiers Lohberg erarbeitet. Zusammen mit der Stadtwerke Dinslaken GmbH und den Fachplanern des Büros HHS Planer Architekten aus Kassel hat die Projektgemeinschaft das sog. Innovative Energiekonzept für das Gebiet des ehemaligen Zechengeländes entwickelt. Ziel dieses Energiekonzepts ist es, die Versorgung des KQL mit Strom und Wärme zu 100 % aus erneuerbaren Energiequellen zu gewährleisten.

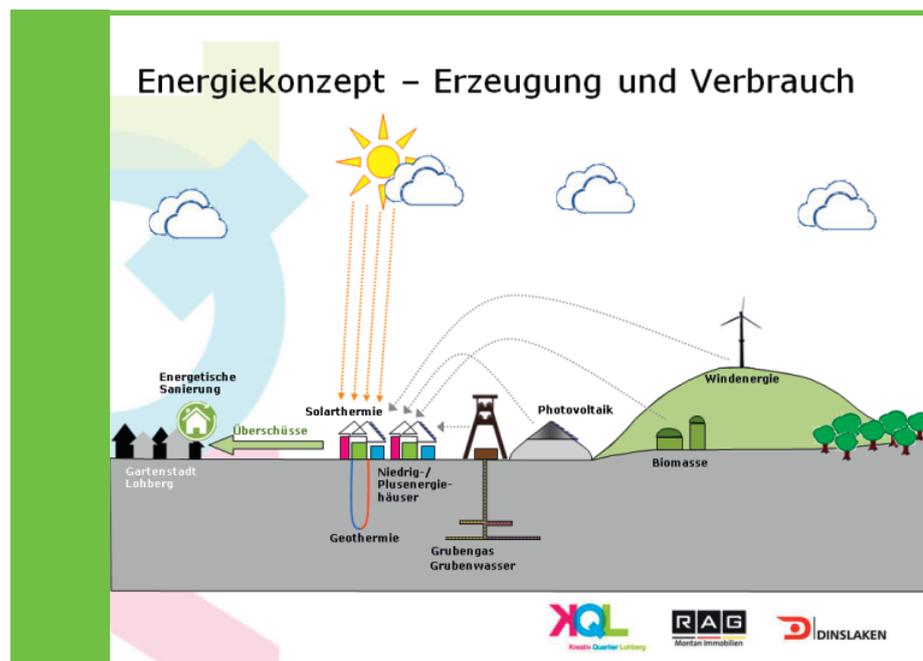
Das Energiekonzept bezieht sich in seinen Aussagen hauptsächlich auf die Bestandsgebäude, die Neubebauung sowie das Energiedargebot auf dem ehemaligen Zechengelände. Durch die in den Jahren 2015 bis 2017 erarbeitete Konkretisierung des innovativen Energiekonzepts erfolgte eine inhaltliche und räumliche Ausweitung auf die Bestandsgebäude in der Zechensiedlung Lohberg. Für die Erarbeitung der Konkretisierung hat die Stadt Dinslaken erfolgreich bei der KfW-Bank Fördermittel im Rahmen des Programms „Energetische Stadtsanierung – Integrierte Quartierskonzepte“ beantragt. Im Zuge der sich anschließenden Ausschreibung wurde die InnovationCity Management GmbH mit der Erarbeitung des konkretisierten Energiekonzepts beauftragt.

Ziel ist es nun, dass ausgehend vom ehemaligen Zechenstandort der Stadtteil Lohberg langfristig zu einem CO₂-neutralen Stadtquartier weiterentwickelt wird – mit großzügigem Freiraum zum Arbeiten, Wohnen und Erholen. Alte Gebäude und Areale sollen nachhaltig modernisiert, neue gebaut und erschlossen sowie erneuerbare Energien vor Ort und für den eigenen Verbrauch erzeugt werden. Die Stadt Dinslaken und die RAG Montan Immobilien GmbH arbeiten zu diesem Zweck Hand in Hand, um Lohberg in ein innovatives Vorzeige-Quartier für den Klimaschutz und die Energiewende zu verwandeln – mit hohem Mehrwert für die Bewohnerschaft und die verschiedenen Unternehmen vor Ort.

Bereits umgesetzte Projekte des Energiekonzepts

Die Energieversorgung Lohbergs erfolgt bereits jetzt – bilanziell auf das Stadtquartier bezogen – zu großen Teilen über erneuerbare Energien. Strom und Wärme werden vor Ort auf den Flächen der ehemaligen Zechenanlage per Solarenergie (bspw. auf der Kohlenmischhalle), Windkraft, Biomasse (potentiell auch durch Bewirtschaftung der circa 250 Hektar großen Haldenlandschaft), Grubengas und Geothermie erzeugt. So wurde auf der Halde Lohberg-Nord Anfang 2016 eine 200 Meter hohe Windenergieanlage in Betrieb genommen. Die drei Partner der Gesellschaft „Windkraft Lohberg“ – die Stadtwerke Dinslaken, Mingas-Power und RAG Montan Immobilien – setzten damit ein Startsignal für den sog. Energie-Plus-Standort Lohberg. Die erzeugte Windenergie deckt den jährlichen Strombedarf von circa 3.000 Haushalten.

Abb. 4: Energiekonzept - Erzeugung und Verbrauch
Quelle: RAG Montan Immobilien GmbH



Das in den (mittlerweile stillgelegten) Bereichen des Steinkohlebergbaus entstehende Grubengas wird in einem modernen Blockheizkraftwerk (BHKW) verstromt und die entstehende Abwärme wirtschaftlich genutzt. Aktuell beträgt das durch Grubengas nutzbare Angebot an Strom ca. 20 GWh/a sowie an Wärme ca. 16 GWh/a. Da Mengen und Qualitäten des Grubengases jedoch nur noch über einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehen, ist davon auszugehen, dass die Nutzung des Grubengas-BHKWs in einigen Jahren, vermutlich ab dem Jahr 2020 bis 2025, eingestellt wird.

Ergänzend zu den Maßnahmen der Energieerzeugung wurden viele Flächen in Lohberg großräumig entsiegelt und neue Freiräume geschaffen, so dass die Kanalisation bei Starkregenereignissen entlastet wird und positive Effekte auf das Mikroklima erzeugt werden können. Zudem wurde im Kreativ.Quartier Lohberg ein naturnahes Regenwassermanagement entwickelt. Im Mittelpunkt steht dort der Lohberger Weiher, der die Lebensqualität der Menschen im Quartier zusätzlich erhöht.

Abb. 5: Partizipation - Kraftwerk Mensch
Quelle: Stadt Dinslaken

Partizipation – Kraftwerk Mensch



Parallel zur Umsetzung dieser technischen Maßnahmen werden die Bewohner- und Eigentümerschaft vor Ort durch prozessbegleitende Veranstaltungen, Diskussionsrunden und Medienberichterstattungen in die Umsetzung des Gesamtvorhabens „CO₂-neutrales Stadtquartier“ eingebunden. Ein Beispiel hierfür ist das Kunstprojekt „Kraftwerk Lohberg“: Ein Gebäude aus Recyclingmaterial, das nur über Pedalgeräte und menschliche Muskelkraft mit Energie versorgt wird – gebaut vom Künstlerduo „Köbberling/Kaltwasser“ gemeinsam mit der Lohberger Bewohnerschaft. Durch die aktive Mitwirkung am Energieerzeugungsprozess lässt sich die Energiewende in Lohberg hautnah und persönlich erfahren.

Wärme und Energie: Vergleich von Angebot und Bedarf bis zum Jahr 2050

Berechnungen für eine Prognose zum Vergleich des Energieangebots mit den zugehörigen Bedarfen im Stadtteil haben ergeben, dass die derzeit verfügbaren erneuerbaren Energieträger (u. a. Grubengas-BHKW, Biomethan-BHKW, Windkraftanlage, Biomasse-HKW und Photovoltaik-Anlage) mit knapp 65.000.000 kWh gut das Dreifache des **Energiebedarfs** der Gartenstadt, des Gartenstadt Denk-

malbereichs sowie des Kreativ.Quartiers. Lohberg (Wohn-, Zentral- und Gewerbecluster) erzeugen. Das Potential zur Versorgung weiterer Dinslakener Stadtteile ist somit perspektivisch gesehen hoch.

Der Vergleich des Wärmeangebots mit den zugehörigen Bedarfen im Stadtteil hat jedoch ergeben, dass die derzeit verfügbaren erneuerbaren Wärmeerzeuger (u. a. Grubengas-BHKW, Biomethan-BHKW und Biomasse-HKW) mit knapp 100.000.000 kWh noch nicht den gesamten **Wärmebedarf** Lohbergs decken können. Zur vollständigen Deckung der örtlichen Bedarfe muss insbesondere in der Gartenstadt der Wärmeverbrauch durch eine energetische Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudebestands sowie durch die Installation neuer Heiztechniken (u. a. vermehrte Nutzung von Fernwärme) deutlich gesenkt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass ab dem Jahr 2025 die Wärmeversorgung durch das Grubengas-BHKW spätestens wegfallen wird, kommt den angestrebten Verbrauchseinsparungen zur Erreichung der CO₂-Neutralität eine besondere Bedeutung zu.

Ausblick: Weitere Umsetzung des Energiekonzepts

Zur Erreichung der selbst gesteckten Ziele soll im weiteren Verfahren vorrangig der Wärme- und Energieverbrauch im Wohnungsbestand durch technische und bauliche Maßnahmen gesenkt werden. Ausgehend vom Gebäudebestand sollen verschiedene Maßnahmen zur Gebäudedämmung (circa 17 % des gesamten möglichen CO₂-Einsparpotenzials), zum Wechsel des Energieträgers im Rahmen der Umstellung auf Fernwärme bzw. auf Biomasse (circa 70 % des gesamten möglichen CO₂-Einsparpotenzials) sowie zur Heizungsmodernisierung und zum Zubau an Photovoltaik-Anlagen (circa 9 % des gesamten möglichen CO₂-Einsparpotenzials) im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Der größtenteils denkmalgeschützte Gebäudebestand lässt allerdings eine Wärmedämmung oder den Zubau von Photovoltaik-Anlagen kaum oder nur in begrenztem Umfang zu.

Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen ist neben dem Engagement der Stadtwerke beim Ausbau des Fernwärmenetzes nichtsdestotrotz die Bereitschaft und finanzielle Beteiligung der Immobilien-eigentümer von besonderer Bedeutung,

weswegen der Umsetzung einer umfassenden Aktivierungsstrategie und eines individuellen Beratungskonzepts eine besondere Bedeutung bei der Sanierung des Gebäudebestandes zukommen wird. Ziel des Beratungskonzepts soll es sein, einen Anreiz und eine Motivation zur energetischen Modernisierung zu schaffen. In diesem Sinne ist die Energieberatung das stärkste Mittel zur Aktivierung zugunsten der Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen. Die Ratsuchenden sollen gut und neutral über die jeweiligen Modernisierungsoptionen und deren Fördermöglichkeiten informiert werden. Die zentral zu beantwortenden Fragen sind hierbei „Welche Investition macht für mich Sinn?“, „Welche Fördermittel kann ich in Anspruch nehmen?“ und „Ist die Maßnahme wirtschaftlich?“.

Abschließend lässt sich für den Stadtteil Lohberg feststellen, dass durch die Nutzbarmachung des umweltfreundlich erzeugten Stroms des naheliegenden Biomethan-BHKW, der Windkraftanlage auf der Halde Lohberg-Nord oder der Photovoltaik-Anlage auf der Kohlenmischhalle die Stromversorgung der Zechensiedlung aktuell bereits klimaschonend und CO₂-neutral erfolgen kann. Zusätzliche (privat finanzierte) Maßnahmen zur energetischen Sanierung des Gebäude- und Wohnungsbestands können in Zukunft dazu beitragen, dass dies durch erzielte Einsparungen auch für die Wärmeversorgung Lohbergs erreicht werden kann.

Eine bessere Nachvollziehbarkeit der CO₂-Einsparpotenziale ermöglicht die Übersicht zu den CO₂-Emissionen der einzelnen Wärmeversorgungsvarianten (s. Abb. 7).

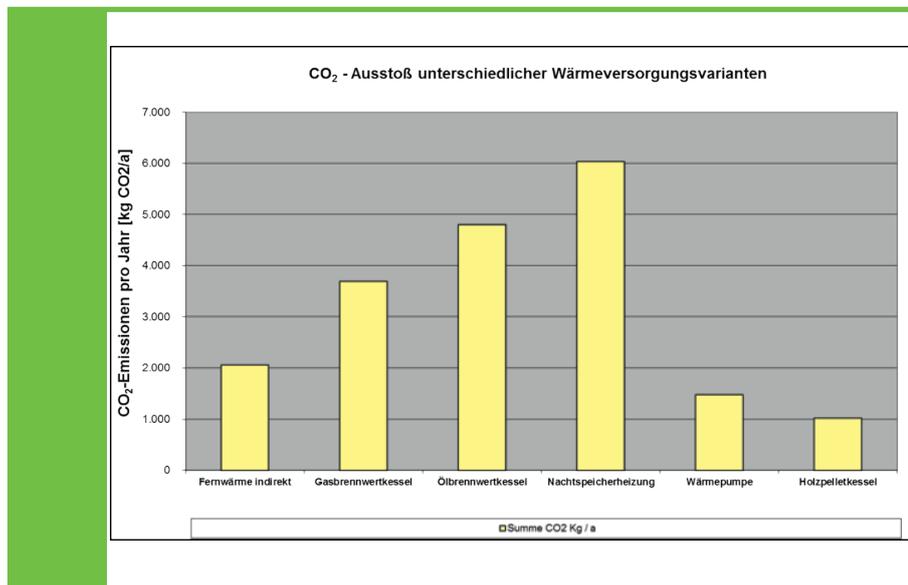
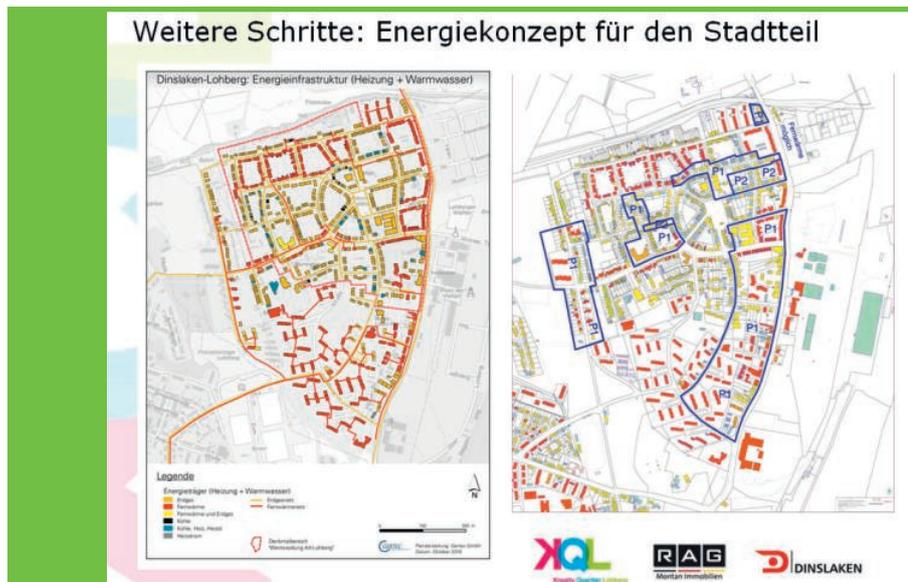


Abb. 6 (oben): Weitere Schritte - Energiekonzept für den Stadtteil
Quelle: Darstellung links: Gertec

GmbH; Darstellung rechts: Stadtwerke Dinslaken GmbH/ Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH

Abb. 7 (Mitte): CO₂-Ausstoß unterschiedlicher Wärmeversorgungsvarianten Quelle: Fernwärme-versorgung Niederrhein GmbH

Neue Partnerschaften in der Quartiersentwicklung: Das Projekt "Nachhaltigkeit nimmt Quartier" in Castrop-Rauxel Merklinde

Katrin Funke, Stadt Castrop-Rauxel und Dr. Judith Kuhn, Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Nordrhein-Westfalen

Ausgangssituation des Stadtteils

Frau Funke eröffnete den Vortrag und erläuterte die Ausgangssituation des Stadtteils Castrop-Rauxel Merklinde und die Gründe für die Teilnahme an dem Projekt „Nachhaltigkeit nimmt Quartier“.

Das Stadtgebiet Merklinde / Bövinghausen liegt an der südlichen Stadtgrenze Castrop-Rauxels, umfasst circa 260 Hektar Fläche und hat aktuell eine Einwohnerzahl von circa 3.600.

defizitären Bildungssituation, einer hohen Kinderarmut und einem drohenden Konfliktpotenzial durch hohe Multinationalität bestehen infrastrukturelle und städtebauliche Defizite, ein belastender Bestand an sogenannten „Schrottimmobilien“, die Konzentration sozialer Problemlagen in einer Mehrfamilienhaussiedlung der 1960er Jahre („Harkortsiedlung“) sowie eine schwierige Verkehrssituation aufgrund der Zerschneidung des Gebiets durch die B 235.

Gleichzeitig verfügt das Quartier mit relativ vielen Grünflächen und Umnutzungsmöglichkeiten im baulichen Bestand, z. B. in Form eines freigewordenen Schulhauses, auch über Flächen- und Gebäudepotenziale zur Aufwertung des öffentlichen Raums und des Wohnumfelds.

Eine große Chance für eine positive und nachhaltige Entwicklung bietet zudem das starke Bürgerengagement im Stadtteil: So hat sich ein Bürgerverein gegründet, der von sich aus an die Kommune herangetreten ist, um auf dringende Handlungsbedarfe vor Ort aufmerksam zu machen.

Um zunächst auch unabhängig von einem Verfahren der Städtebauförderung niedrigschwellig und zeitnah tätig werden zu können, wurden die Möglichkeiten des Projekts „Nachhaltigkeit nimmt Quartier“ in den Blick genommen, das durch das Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Nordrhein-Westfalen initiiert wurde und derzeit in noch zwei weiteren Quartieren des Ruhrgebiets (Herne Wanne-Süd und Bochum-Hamme) umgesetzt wird.

Zielsetzungen des Projekts „Nachhaltigkeit nimmt Quartier“

Frau Dr. Kuhn erläuterte die Zielsetzungen und die Organisation des Projekts. Diesem liegt das Anliegen zugrunde, mit einem quartierbezogenen Fokus ver-



Wie in vielen durch den Strukturwandel geprägten Quartieren der Ruhrgebietsstädte bestehen Benachteiligungen sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht über einen langen Zeitraum mit dem Risiko einer weiteren „Abwärtsspirale“. So sind in diesem Gebiet, neben den bereits in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommenen Stadtteilen Deininghausen (Programmteilnahme 2006 - 2011) und Habinghorst (Programmteilnahme 2010 - 2017), die deutlichsten Abweichungen gegenüber der gesamtstädtischen Situation zu verzeichnen. Neben einer teils

schiedene Ansätze sozialer Verantwortung und ökologisch nachhaltiger Zukunftsgestaltung zu verbinden. Dabei ist die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure ein zentrales Ziel, um in einem partizipativen Rahmen mehr Lebensqualität im Quartier zu schaffen.

Unter dem Motto „Nachhaltigkeit – das heißt mehr Zufriedenheit bei weniger Verbrauch“ sollen niedrigschwellige Zugänge zu eigener Gestaltungsmöglichkeit und -verantwortung für alle im Quartier geschaffen werden. Im Sinne einer Verzahnung von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit steht die Vermittlung von Perspektiven zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Motivation gemeinschaftlichen sozial und ökologisch verträglichen Handelns im Mittelpunkt. Dabei soll u. a. auch der Kontakt und Dialog der Bewohnerinnen und Bewohner mit Akteuren aus der Politik gefördert werden, um die Menschen zu ermutigen, ihre Ideen und Diskussionsanliegen einzubringen und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit im Alltag, in der Nachbarschaft und im Wohnumfeld zu steigern. Ein weiterer Mehrwert des Projekts stellt die „Strahlkraft“ des gemeinschaftlichen Engagements auch in andere (benachteiligte) Quartiere dar.

Organisation und Akteure des Projekts

Zur Durchführung des Projekts wirken Mitarbeitende des Instituts für Kirche und Gesellschaft und der Stadtverwaltung in einem Projekt- sowie in einem Kernteam, bestehend aus jeweils fünf bis zehn Personen, eng zusammen. Von der Stadt Castrop-Rauxel sind derzeit vier Personen aus verschiedenen Fachbereichen maßgeblich beteiligt.

Übergeordnete Themen und Analysen werden aus dem Team heraus auch fachübergreifend weiteren beteiligten Verwaltungsmitarbeitenden zur Verfügung gestellt.

Die Projektgesamtleitung hat das Institut für Kirche und Gesellschaft inne, die Zusammenarbeit mit der Kommune erfolgt im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung. Die organisatorischen und terminlichen Aufgaben sowie die Dokumentation und die Abrechnungen werden durch das Institut geleistet. Seitens der Kommune erfolgt die Unterstützung des Projekts durch den Beitrag statistischer Daten und die Mitwirkung städtischer Ansprechpartner, von denen einige Arbeitsstunden

pro Woche beim Fördergeber als kommunale Eigenmittel dargestellt werden können.

Zusammenarbeit IKG & Stadt

- Letter of Intent
- Kooperationsvereinbarung
- Leistung IKG:
 - ▶ Inhaltliche und terminliche Gesamtkoordination und Ablaufplanung des Projekts
 - ▶ Abrechnung des Projekts mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt
 - ▶ Ansprechpartner für inhaltliche und organisatorische Fragen
 - ▶ Erarbeitung der Quartiersanalysen und der Quartiersnachhaltigkeitsstrategie
 - ▶ Berichtspflicht gegenüber kommunalen Gremien und dem Projektförderer
 - ▶ Federführende Mitarbeit bei projektrelevanten Veröffentlichungen und Dokumentation
 - ▶ Planung und Durchführung der Projekttagungen
 - ▶ Dokumentation der kommunalen Workshops
 - ▶ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Leistungen Stadt
 - ▶ Ansprechpartner für Projektträger, ModeratorInnen und wissenschaftliche ExpertInnen
 - ▶ Koordination der inhaltlichen Fragestellungen in der Kommune
 - ▶ Koordination der Terminplanung in der Kommune
 - ▶ Mitarbeit im Kernteam
 - ▶ Geschäftsführung der Steuerungsgruppe
 - ▶ Mitarbeit an Projektdokumenten (Protokollen und Dokumentation)
 - ▶ Mitarbeit bei der Erstellung der Quartiersanalyse
 - ▶ Einladung zu Projektworkshops und -werkstätten
 - ▶ Verantwortlichkeit für Daten- und Kartenmaterial vor Ort
 - ▶ Eigentanteil der Stadt: 25 Wochenstunden

Neben den drei Kommunen Bochum, Castrop-Rauxel und Herne fungiert die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) als Teampartner. Das Projekt hat eine Laufzeit von zwei Jahren (Januar 2017 bis Dezember 2018) und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert.

Handlungsbereiche und Maßnahmen der Projektumsetzung

Den Ausgangspunkt der Projektumsetzung in Castrop-Rauxel bildete die Entwicklung einer umfassenden Analyse auf Basis der Auswertung quantitativer Daten der Kommune. Ergänzend wurden schriftliche Befragungen, Interviews und Quartiersbegehungen durchgeführt.

Dabei wurden in Merklinde insbesondere die belastete Verkehrssituation sowie

Abb. 8: Schema der Nachhaltigkeitsstrategie
Quelle: IKG

auch Defizite in der Nahversorgung bzw. der Einkaufsmöglichkeiten als Ansatzpunkte für infrastrukturelle Verbesserungen festgestellt.

An die Analysephase schloss eine Entwicklungs- und Konkretisierungsphase mit der Durchführung einer partizipativen Zukunftswerkstatt im Quartier an, zu der alle Bewohnerinnen und Bewohner offen eingeladen wurden. Nach dieser konnten konkrete Schritte identifiziert und erste Maßnahmen bereits umgesetzt werden, z. B. die Aktivierung einer „Musterwohnung“ der LEG Wohnen NRW GmbH, Veranstaltungen wie der „Dorfputsch“, der „Quartiersputz“, Filmvorführungen, ein interkulturelles Nachbarschaftsfest und eine Auftaktveranstaltung des „Stadtradeln“ in Merklinde, die Aktivierung der Begrünung von Balkonen und Gärten seitens der Bewohnerschaft sowie die Einsetzung einer niedrigschwelligen Energieberatung im Quartier in Kooperation mit der Verbraucherzentrale.

Quartiersnachhaltigkeitsstrategie



IKG | LAG 21 NRW

Im Verlauf der weiteren Umsetzungsphase soll eine umfassende „Quartiers-Nachhaltigkeitsstrategie“ aufgestellt werden. Neben den kleineren Teams für die konkrete Projektumsetzung werden der Projektverlauf und dessen strategische



Weiterentwicklung durch eine Steuerungsgruppe begleitet, bestehend aus dem Kernteam sowie aus Akteuren der Politik, der Zivilgesellschaft und der Kirchen (circa 20, teils auch quartiersexternen, Personen), sowie durch einen Fachbeirat zur wissenschaftlichen Beratung (circa zehn Expertinnen und Experten).

Ausblick: Perspektiven und Verstetigungsmöglichkeiten

Zum Abschluss des Vortrags resümierten Frau Funke und Frau Dr. Kuhn, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Kirche und Gesellschaft und der Stadt Castrop-Rauxel als sehr erfolgreich beschrieben werden kann. Sie vermittelt u. a. auch den Lerneffekt, dass der Aufbau der geeigneten operativen Strukturen Zeit braucht, die für alle Projektpartner lohnenswerte Erfahrungen und auch in der Praxis neue Kooperationsformen erbringt, die auch über die Laufzeit des Projekts hinaus genutzt und verstetigt werden können.

Seitens der Kommune wird der „Blick über den Tellerrand“ auf teils andere Sicht- und Herangehensweisen des Instituts gegenüber denen sonstiger (Förder-) Projektpartner positiv bewertet.

In Bezug auf „Kernunterschiede“ des Projektansatzes zu dem Ansatz des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ wird, bis auf den besonderen Schwerpunkt auf dem Thema „Nachhaltigkeit“, kein sehr großer Unterschied in der konzeptionellen Ausrichtung gesehen, die vergleichbar mit der Basis der Integrierten Handlungskonzepte der „Sozialen Stadt“ sei. Gleichwohl kann das Institut für Kirche und Gesellschaft als Projektpartner teils schneller und niedrigschwelliger auf Bedarfe im Stadtteil mit „kleineren“ Maßnahmen reagieren, als dies für die Kommune im Rahmen der verwaltungserforderlichen Verfahrensabläufe möglich ist.

Grundsätzlich sollten das Projekt „Nachhaltigkeit nimmt Quartier“ und das Programm „Soziale Stadt“ nicht als „Kon-

kurrenten“ begriffen werden, sondern können gut zusammenwirken.

In diesem Sinne sollen die begonnenen Dialoge und Prozesse des Projekts weitergeführt und deren Ergebnisse zur Erschließung der Förderkulisse auch für den städtebaulichen Kontext in Verbindung mit sozialintegrativen Maßnahmen genutzt werden. Es besteht perspektivisch die Möglichkeit, auch mit dem Projektgebiet Merklinde eine Antragstellung für das Programm „Soziale Stadt“ anzuvizieren, wozu eine weitere Qualifizierung der Konzeption erfolgen und der Gebietsrahmen noch konkreter gegenüber anderen Stadtteilen mit ähnlichen Bedarfen priorisiert werden müsste.

Da manche Projektaufgaben mit den städtischen Personalkapazitäten nach dem Projektende nicht mehr leistbar sein werden, wird ggf. auch die Einrichtung eines Minijobs für die Weiterverfolgung der Projektziele ins Auge gefasst.

In der Hoffnung, Politik und Verwaltungsspitze für weitere Vorhaben begeistern zu können, soll die Nachhaltigkeitsstrategie auch weiterhin an die einschlägigen Akteure und „Entscheider“ vermittelt und die Arbeit der Steuerungsgruppe ebenfalls fortgeführt werden.



Klimaanpassung im Quartier

Marco Eißing, Geschäftsstelle des Städteneetzes Soziale Stadt NRW

Der in dieser Arbeitsgruppe geplante Inputvortrag zum Klimaanpassungskonzept der Stadt Recklinghausen musste aus Krankheitsgründen leider kurzfristig ausfallen. Daher stiegen die Teilnehmenden nach einer Vorstellungsrunde direkt in die Diskussion ein.

diese Belastung deutlich, die Versiegelung durch die stark befahrenen Straßen trägt wiederum zur Aufheizung bei.

Problematisch wird es, wenn in diesen Gebieten ein hoher Verwertungsdruck von unter- oder ungenutzten Flächen hinzukommt, z.B. wegen einer hohen Nachfrage nach günstigem Wohnraum. So fehlt die Möglichkeit, in den Blick zu nehmen, was ökologisch funktional notwendig ist, um die Bereiche nicht noch weiter unter Druck zu setzen.

Flächen für Versickerung oder Retentionsflächen, die zum einen Starkregenereignisse abmildern oder über Wasserflächen zur Verdunstungsabkühlung beitragen können, sind nicht vorhanden. Die meisten Quartiere leiden zudem unter fehlenden Freiraumqualitäten. Insbesondere der Bedarf, den Freiraum aufzuwerten, ist gängiges Thema in allen integrierten Handlungskonzepten.

Die Menschen, die in den Fördergebieten der „Sozialen Stadt“ leben, sind negativen Umwelteinflüssen in besonderem Maße ausgeliefert.

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Gebiete der „Sozialen Stadt“ sind in dreifacher Hinsicht benachteiligt, was den Umgang mit Klimafolgen betrifft:

FRAGE 1: WORUM GEHT ES? WEN BETRIFFT ES?

Warum ist das „Soziale Stadt“-Gebiet vielleicht belasteter als andere Gebiete? Warum ist das Thema Klimaanpassung hier wichtiger als in anderen Teilen der Stadt?

Fördergebiete der „Sozialen Stadt“ sind durch ihre baulich-räumlichen Gegebenheiten oft besonders von negativen Klimafolgen betroffen.

Gerade die innerstädtischen Quartiere der „Sozialen Stadt“ sind aufgrund der besonders dichten Bebauung anfälliger für Hitzeinseln – in Kombination mit hoher Feinstaubbelastung eine besonders schwierige Situation. Die Auswirkungen hoher Verkehrsbelastung und -emissionen werden bereits durch die dichte Bebauung verstärkt. Sommerhitze erhöht

Zum einen leben sie vielfach an den Orten der Stadt, an denen sich negative Auswirkungen (Hitze, Feinstaub, Stickoxide, Lärm etc.) ballen (s.o.).

Besonders Kinder und ältere Menschen weisen eine erhöhte Verletzlichkeit (Vulnerabilität) gegenüber negativen Umwelteinflüssen auf. Der Anteil der Kinder ist in den Programmgebieten oft besonders hoch. So wurde aus Oberhausen berichtet, dass teils ehemalige Kindertageseinrichtungen und Grundschulen wieder reaktiviert werden, um die stark angewachsene Anzahl der Kinder vor allem aus Zuwandererfamilien zu versorgen. Der Anteil der älteren Menschen ist zwar nicht signifikant höher als in anderen Gebieten, jedoch ist ihr Gesundheitszustand durch die schwierigen sozio-ökonomischen Umstände oft schlechter, als der



von vergleichbaren Gruppen in besser gestellten Gebieten (fehlende Resilienz).

Und schließlich haben die Betroffenen in den benachteiligten Gebieten der Städte meist nicht die Möglichkeit zur „Flucht“ ins grüne Umland. Fehlendes Geld, Zeit und Wissen reduzieren die Mobilitätsmöglichkeiten, was letztlich dazu führt, dass die Menschen die Folgen einfach aushalten müssen. So müssen die Menschen zwar die Folgen negativer Umweltungerechtigkeit tragen, haben aber selbst keinerlei Kompensationsmöglichkeiten.

„Soziale Stadt“-Gebiete sind ressourcenschwache Gebiete.

Das private Kapital zur Aufwertung der Gebiete fehlt. Das macht sich an vielen Stellen bemerkbar und somit auch oder besonders im Bereich der ökologischen Aufwertung, die in der allgemeinen Wahrnehmung oft als weniger wichtig erachtet wird. Öffentliche Gelder für Sanierungsmaßnahmen können bereitgestellt werden, aber private Aufwertungs- und Sicherungsmaßnahmen bleiben in einem vergleichbaren Maß aus.

Hier sind andere Themen wichtiger.

Die Akteure in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ stehen einem Bündel an teils für die Menschen existenziellen Aufgaben gegenüber, neben denen das Thema Klimaschutz schlicht und ergreifend untergeht. Weder die persönlichen noch die finanziellen Konsequenzen eines ausbleibenden Klimaschutzes sind für die Bewohnerinnen und Bewohner – ja bereits für viele Akteure – greifbar. Sie haben daher keine unmittelbare Priorität.

Die Aufgabe lautet daher, Klimaschutz und Maßnahmen zur Klimaanpassung in ihrer Bedeutung für die Menschen greifbar und quantifizierbar zu machen. In diesen Zusammenhang ist auch das Thema Energiewende zu stellen – u.a. verbunden mit einer Reduzierung der Kfz-Dichte und der Förderung des Fußgängerverkehrs. Nur Maßnahmen zur Klimaanpassung zu ergreifen, ist zu kurz gedacht, notwendig sind aktive Veränderungen. In letzter Konsequenz trägt auch das Verhalten der Deutschen Umwelthilfe zu mehr Bewusstsein bei, die das Thema Feinstaubbelastung öffentlich und nun auch justiziabel gemacht hat.

Da viele Aspekte aus dem Themenfeld Klimaschutz / Energiewende sehr fach-

spezifisch sind, sind Kooperationen mit Kolleginnen und Kollegen aus den entsprechenden fachlichen Bereichen wichtig – ebenso, wie bereits im Bereich Schule, Jugendhilfe oder Arbeitsmarktintegration.

Aus der kommunalen Praxis

In Köln wird eine Art „Klimaedukation“ in Verbindung mit einem Hitzewarn- und Informationssystem aufgebaut. Dabei geht es unter anderem darum, Menschen für den Umgang mit z.B. langanhaltender Hitze zu sensibilisieren. Hintergrund des Projekts im integrierten Handlungskonzept ist die zu erwartende Zunahme der Hitzetage. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) bietet auf seiner Internetseite und als Handy-App eine Hitzewarnung an. Dieser Dienst kann z.B. auch von Altenpflegeeinrichtungen genutzt werden. Ziel des Projekts ist es nun, durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Bewohnerschaft in den Sozialräumen zu erreichen, die diese webbasierte Technik alters- und situationsbedingt nicht nutzen (können). Diese Zielgruppe soll nicht nur eine Vorwarnung für Hitzeereignisse bekommen, sondern auch zu einer entsprechenden Verhaltensänderung beziehungsweise Vorsorge angeregt werden. So sollte zum Beispiel ein alter Mensch dazu angehalten werden, an besonders belasteten Hitzetagen sein Trinkverhalten zu ändern – u.a. über die Ausgabe von Trinkflaschen – oder die junge Mutter könnte in der Mittagszeit mit ihrem Kind den Schattenplatz aufsuchen.

Mit Hilfe von Multiplikatoren soll das Thema an die Zielgruppe kommuniziert werden. Dabei sollen verschiedene Medien und Wege zum Einsatz kommen. Geplant sind zum Beispiel Thementage und Informationskampagnen an zentralen Orten in den Sozialräumen. Das System wird derzeit in den 12 Sozialräumen der „Sozialen Stadt“ durchgeführt.

(Quelle: Integriertes Handlungskonzept für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ als Bestandteil des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“, Stadt Köln 2018)

Ist Klimaschutz ein Thema in den Handlungskonzepten? Wie gehen die Kommunen mit dem Thema um?

In den „älteren“ Handlungskonzepten spielt Klimaanpassung noch keine Rolle, so die Einschätzung. Hier geht es vor allem um Grün als Gestaltungselement, aber nicht um klimawirksame Effekte. Ein Grund könnte in der Ausbildung liegen, so eine Vermutung: An den Geografie-Lehrstühlen wird das Thema mit gelehrt, bei den Planerinnen und Planern vielleicht eher nicht.

In Radevormwald ist das Thema sehr präsent, so wurde berichtet. Derzeit wird das bestehende Klimaschutzkonzept aktualisiert und darauf hingewirkt, dass ein Klimaschutzmanager eingestellt werden kann. Auch städtebaulich soll einiges bewegt werden, wobei auf den Klimaschutz besonders geachtet werden soll. Ein besonderes Thema im Bergischen Land ist der Starkregen – aber auch die Hitze hat den Handlungsdruck erhöht.

Aber auch wenn Klimaschutz in den integrierten Handlungskonzepten enthalten ist: Erfolg kann sich nur einstellen, wenn das Thema gesellschaftsfähig wird – und dafür muss eine neue Lobby quer durch alle Bevölkerungsgruppen geschaffen werden.

**FRAGE 2: WER MACHT MIT?
Mit wem kann man zusammenarbeiten,
um Fortschritte zu erzielen?**

Je mehr, desto besser! Aber sie müssen wollen.

Vorab sei dazu gesagt: Unabhängig davon, wie viele Partner man für das Thema gewinnen kann, ist es wichtig, klare Aufgabenzuordnungen vorzunehmen – sowohl um einzelne nicht zu überfordern, als auch um mehr Verbindlichkeit zu schaffen. Man sollte herausfinden, welche anderen Akteure es in der (sozialen) Stadt gibt, die sich in diesem Feld bewegen: Wer ist aktiv, wen kann man gewinnen? Dieses Prinzip der „Koalition der Willigen“ gilt in besonderem Maße für die Einbindung der politischen Akteure, um die Aufmerksamkeit für das Thema und die Unterstützung notwendiger Maßnahmen zu befördern. Unabhängig von politischen Fraktionen sollte man diejenigen identifizieren, die sich für das Thema interessieren – oder aber auch versuchen zu verstehen, warum sich jemand nicht für das Thema interessiert, auch das kann zum Erkenntnisgewinn beitragen. Zum anderen sollte man Personen oder Gruppen aktivieren, die einen Eigennutz damit verbinden, wie z.B. die LAG 21, Kirchen oder Schulen.

Klimaschutz ansprechend machen.

Die Verbraucherberatung mit ihren Umweltfachleuten hat für die Information

und Aufklärung der Öffentlichkeit eine große Bedeutung. Für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit / Marketing gilt es, z.B. abstrakte oder technische Begriffe zu übersetzen und den Alltagsbezug von Maßnahmen verständlich zu machen. Was bedeutet Klimaschutz eigentlich konkret? Um das Thema für die Bevölkerung insgesamt verständlicher zu machen, müsste man es im Grunde aufbereiten wie die „Sendung mit der Maus“. Dazu sind wiederum Marketingexperten notwendig, die auch ein planerisches Verständnis haben.

Wir müssen die Fachleute gewinnen!

Konkret müssen Fachinstitutionen, wie z.B. die Emschergenossenschaft, gewonnen werden. Ein Thema dieser Kooperation könnte z.B. die Abkopplung des Regenwassers von der Kanalisation sein.

Wissenschaft und (Fach)Hochschulen sind wichtige Partner, um neue Erkenntnisse in die Diskussion einzuspeisen und in realisierbare Konzepte umzusetzen.

Der kommunalen Bauleitplanung kommt die Rolle zu, konkrete Maßnahmen rechtssicher umzusetzen. Es sollte überprüft werden, welche Instrumente die Bauleitplanung hat, um Klimaschutz zu fördern.

Die Menschen zum Mitmachen bewegen.

Von zentraler Bedeutung ist es, mit den Menschen selber zu sprechen. Als Planerin oder Planer im Quartiersmanagement oder auch in anderer Funktion muss man auf die Menschen zugehen, an ihre Orte gehen und mit ihnen über „ihre“ Themen ins Gespräch kommen. So lassen sich auch andere Themen ansprechen. Das zielt zum einen darauf, die Akzeptanz von klimaschützenden Maßnahmen zu fördern, zum anderen geht es darum, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Dazu gehört es auch, mit Kindern, Schulen und Kitas im Sinne einer frühen Umweltbildung zusammenzuarbeiten. Die Projekte aus dem Feld des „Urban Gardening“ sind ein weiteres Praxisfeld. Durch gemeinsame Gestaltung und praktische Umsetzung von Umweltthemen, die beispielsweise über eine Zukunftskonferenz angesprochen werden kann, entsteht leichter eine Sensibilisierung, als durch reine Information.

Aus Köln wurde berichtet, dass die Stadt beispielsweise ein Projekt fördert, bei

Aus der kommunalen Praxis

„Die Stadt Viersen setzt darauf, Maßnahmen erlebbar zu machen und die Bevölkerung mitzunehmen. So wird eine große Baumaßnahme zur Errichtung eines Tiefensammlers unter einer Hauptstraße (vgl. auch Seite 21) von einer aktiven Bürgerin (zugleich Fotografin) begleitet, die Fotos in der Tiefe macht, um damit den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung zu erklären, was dort warum passiert.

Es wird zudem überlegt, verschiedene Veranstaltungsformate auf gesperrten Straßenzügen während der dreijährigen Bauzeit zu veranstalten. Vorbild ist ein erstes „Dämmerdinner“, das im Zuge der lang andauernden Vorarbeiten zur Information über die laufenden Arbeiten veranstaltet wurde: An dieser Veranstaltung nahmen rund 100 Personen teil, auch die Bürgermeisterin und Vertreter des ausführenden Unternehmens nahmen an der Veranstaltung teil.“ (Christina Breuer, Stadt Viersen)

dem Schulgärten angelegt werden sollen. Die Förderung (von Maßnahmen zur Entsiegelung oder auch von personellen Kapazitäten) erfolgt mit Mitteln der Städtebauförderung bzw. des EFRE.

Bestenfalls lassen sich Maßnahmen zur Freiraumentwicklung mit Beschäftigungsförderung verknüpfen, um so den konkreten Nutzen für Einzelne noch zu erhöhen.

Privates Engagement – und privates Kapital

Und schließlich können auch Kooperationen mit der privaten Wirtschaft sowie mit Einzelhändlern dabei unterstützen, Maßnahmen zum Klimaschutz im Quartier umzusetzen oder zum Beispiel zu finanzieren. Die Erfahrung ist allerdings eher, dass das private Kapital – so es denn für Klimaschutzmaßnahmen aufgewendet wird – eher in den besser gestellten Stadtteilen investiert wird. Aufgrund der niedrigen Mieten in den Fördergebieten der Sozialen Stadt können private Hauseigentümer oft kein überschüssiges Kapital erwirtschaften, dass sie dann in Klimaschutzmaßnahmen, wie z.B. eine energetische Sanierung, investieren könnten. In dieser Beziehung könnte eine gewisse Durchmischung der Bevölkerung – gerade im Ruhrgebiet – manchen Stadtteilen eher helfen und vielleicht für eine bessere Verteilung der Gelder sorgen. Dabei muss dann allerdings wieder beachtet werden, dass eine Aufwertung nicht automatisch zu einer ungewollten Verdrängung der bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner im großen Stil führen sollte.

Ein Beispiel für die Integration von Bürgerbeteiligungsformaten im Kontext von Klimaanpassung ist das Berliner Projekt „Kiezklima“, welches im Rahmen des Quartiersmanagements im Berliner Kiez „Brunnenviertel / Brunnenstraße“ durchgeführt wurde. Das Projekt hatte eine Laufzeit von drei Jahren und wurde im Kontext der Deutschen Anpassungsstrategie durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit bis zum Oktober 2017 gefördert. Ziel war es, über verschiedene Formen der Akteursbeteiligung und -aktivierung eine Sensibilisierung der Bewohnerschaft für das Themenfeld Klimaanpassung im Quartier zu erzeugen, so dass gemeinsam erste Maßnahmen, wie die Anlage kleinerer Gärten oder der Bau eines Trinkwasserspenders, entwickelt und kleinteilig umgesetzt werden konnten.

Aus der kommunalen Praxis

„In Viersen ist für das Jahr 2019 wie bereits oben kurz erwähnt, der Start eines großen Tiefensammlerprojekts geplant. Unter der großen Verbindungsstraße (Freiheitsstraße) wird in acht Meter Tiefe ein großer Wasserspeicher angelegt, eine Rigole, aus der das nach starken Regenfällen gesammelte Wasser nach und nach wieder abgegeben werden kann. Dabei muss darauf geachtet werden, dass das Wasser beim Sammeln so abgebremst wird, dass es im Boden keine Energie mehr hat. Das Ganze ist mit einem großen technischen Aufwand verbunden und beinhaltet durch die voraussichtlich drei- bis vierjährige Bauzeit auch Nachteile für Anlieger und Händler.“ (Christina Breuer, Stadt Viersen)

FRAGE 3: WAS KÖNNEN WIR TUN?

Welche Empfehlungen haben wir für die kommunale Praxis?

Umgang mit Starkregenereignissen - ein Thema bei Freiflächengestaltungen?

Auch die Stadt Oberhausen plant eine Rigole auf einem neu geplanten Spielplatz anzulegen. Allerdings wird die Meinung vertreten, dass das Wasser besser an der Oberfläche gehalten werden sollte, damit es später durch Verdunstung zur Abkühlung beitragen kann. Hier entstünde jedoch ein Konflikt mit der Nutzung als Spielplatz, da so eine neue Gefahrenzone geschaffen würde.

Günstiger wäre es – so eine Einschätzung – tatsächlich, Flächen zu finden, die ggf. geflutet werden könnten. Ein großes Potenzial zur Versickerung bietet z.B. die Entsiegelung von Schulhöfen, die seit den 1980er Jahren zunehmend versiegelt wurden. Problematisch ist die mögliche Verschlammung entsiegelter Schulhofflächen nach einem starken Regenfall.

Wie kann man das abstrakte Thema „Klima“ und „Klimafolgenanpassung“ greifbar und für die Bürgerinnen und Bürger verständlich machen?

Trotz aller Diskussionen sind die Begriffe für viele Menschen noch sehr abstrakt und suggerieren durch die Wortwahl – Folgenanpassung, Schutz etc. – dass das Thema noch weit entfernt ist. Dass wir bereits auf dem Boden der Tatsachen angekommen sind, ist schwierig zu vermitteln. Der Begriff der Klimaanpassung muss daher – wie oben bereits angeführt – greifbar und am besten quantifizierbar sein. So könnte man „10.000 Tonnen CO₂“ in durch Energiesparmaßnahmen eingespartes Geld übersetzen und so greifbar machen.

Es muss deutlich werden, dass jeder in Klimafolgenanpassung investierte Euro für uns selber investiert ist. Das lässt sich

zum Beispiel auch über Versicherungsbeiträge und -leistungen sichtbar machen. So haben sich die Versicherungssummen gegen private Schäden in den letzten Jahren verdoppelt. In besonders risikobehafteten Gebieten bekommt man teilweise keine Versicherung gegen Überflutungsschäden mehr.



Vorzeigeprojekt Venloer Rathaus

Auch öffentlich sichtbare und gut kommunizierte Projekte machen Klimaschutz anschaulich und attraktiv. Ein gutes Beispiel ist das neue Venloer Rathaus, das als sogenanntes „cradle-to-cradle-Gebäude“¹ gebaut und mit mehreren Architekturpreisen ausgezeichnet wurde. Das gesamte Gebäude wurde aus recycelten Materialien gebaut. Der Benefit eines solchen Gebäudes lässt sich in monetären Vorteilen ausdrücken, aber es kommen auch andere Faktoren zur Sprache wie z.B. weniger Krankheitstage bzw. Arbeitsausfall. Denn es ist verbunden mit einem innovativen Arbeitsmodell und einer attraktiven Gebäudestruktur: so gibt es keine festen Arbeitszeiten, für Bürgersprechstunden gibt es feste Zeiten und klar abgegrenzte Räume. Das Rathaus hat auch ein eigenes Gewächshaus. Hier wird ganzheitlich gedacht!

Das Beispiel warf in der Runde die Frage auf, ob Maßnahmen zum Klimaschutz nicht zu sektoral angelegt sind und ob

man nicht doch – wie bei dem Venloer Beispiel – auf ganzheitliche und integrierte neue Konzepte umsteigen muss. So kann eine Wende im Bereich Mobilität nicht nur mit einer neuen Form der Motorisierung gelingen, sondern letztlich nur mit einem veränderten Mobilitätsverhalten, das wiederum mit geänderten Arbeitsformen unterstützt werden muss. In Viersen soll das neue Kreisarchiv als „cradle-to-cradle-Gebäude“ errichtet werden, so Frau Breuer.

FRAGE 4: WAS BRAUCHEN WIR NOCH?

Unterstützungsbedarfe von Land, Bund oder vom Städtenetz Soziale Stadt NRW

Das Anliegen von Klimaschutz als Schutz des eigenen Lebensraumes braucht mehr Ehrlichkeit und vielleicht mehr Direktheit in der Argumentation. Die Sache selbst ist nicht verhandelbar, es müssen aber gangbare Wege zur Realisierung gefunden werden. Den Menschen in den Stadtteilen könnte man dabei durchaus mehr zutrauen, als das oft der Fall ist. Die Erfahrung der Kommunen zeigt, dass eine ehrliche und verständliche Sprache gut ankommt.

Die konsequente Weiterentwicklung von Partizipation kann zum Erfolg beitragen – im Sinne von „Betroffene zu Beteiligten machen“ (s.o.). Dies kann durch Events unterstützt werden, die ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen und durch innovative Beteiligungs- und Partizipationsmaßnahmen befördert werden.

Und schließlich sind es – neben finanziellen Mitteln – vor allem eher qualitative Aspekte, die gegeben sein müssen:

- Durchsetzungswillen, v.a. auf politischer Seite, verbunden mit einer entsprechenden monetären Ausstattung.
- Durchhaltevermögen in der langwierigen Auseinandersetzung mit starken und z. T. entgegengesetzten Lobbyinteressen und Trägheit von unpopulären Entscheidungen.
- Konfliktfähigkeit und die Bereitschaft zu hinterfragen: Was verbirgt sich hinter den vorgebrachten Interessen? Man muss in Aushandlungsprozesse gehen und dabei alle Anliegen ernst nehmen. Der Anwohner mit dem Bedürfnis nach einem Parkplatz ist ebenso ernst zu nehmen wie die Notwendigkeit einer Versickerungsmöglichkeit.

Werkstattgruppe II

Energetische Sanierung und Aktivierung von Einzeleigentümern - Ansätze und Instrumente der "InnovationCity" Bottrop

Karl-Heinz Maaß, Abteilungsleiter Koordinierungsstelle Integrierte Stadtentwicklung / InnovationCity und Stadterneuerung, Stadt Bottrop

Erläuterung

Die erste Phase der Werkstattgruppe beinhaltete einen Input zum Praxisbeispiel „InnovationCity“, welches durch zwei Fragestellungen vertieft wurde. Diesen Input sowie die Moderation der folgenden Diskussion übernahm Herr Maaß, der seit 2010 Mitarbeiter der Stadterneuerung in Bottrop ist. Zuständig ist er dort auch für das Fördermittelmanagement und die Koordination des Quartiermanagements.

TEIL I - Beispiel InnovationCity Bottrop

Der Initiativkreis Ruhr hat im Frühjahr 2010 unter dem Motto „Blauer Himmel, grüne Stadt“ einen Wettbewerb für die Klimastadt der Zukunft ins Leben gerufen. Gewinnerin war die Stadt Bottrop, für die als Modellstadt mithilfe eines interdisziplinären Teams ein nachhaltiger und klimagerechter Stadtumbau initiiert werden sollte. Zielsetzung war die Halbierung der CO₂-Emissionen bei gleichzeitiger Sicherung des Industriestandorts in Bottrop, um so ein Musterquartier für Energieeffizienz zu schaffen.

Das damalige Pilotgebiet deckt den kompletten südlichen Teil des städtischen Bereichs ab und bindet damit über die Hälfte der 70.000 Einwohnerinnen und Einwohner Bottrops ein. Viele der dort bestehenden Gebäude waren und sind immer noch sanierungsbedürftig, insbesondere hinsichtlich energetischer Maßnahmen. Hauptgesellschafterin des Projekts ist die Initiativkreis Ruhr GmbH, Mitgesellschafterin die Stadt Bottrop. Da das Projekt in Kooperation mit der InnovationCity Management GmbH entstanden ist, wurde zu Anfang seitens der Stadt davon ausgegangen, dass sich bedeutende Unternehmen mit ihrem Know-how, aber auch finanziell in das Projekt einbringen. Diese Investitionen bezogen sich später allerdings hauptsächlich auf neue Industrieprojekte und weniger auf die Bestandssanierung. Um auch die privaten Einzeleigentümerinnen und Eigentümer



mit in den Prozess einzubinden, wurden zunächst umfassende Erstberatungen zur energetischen Sanierung in einer zentralen Anlaufstelle beworben. Damit wurde der Fokus unter anderem auf den privaten Gebäudebestand gelegt, der nachweislich ein erhebliches Potential für eine nachhaltige CO₂-Reduzierung in sich birgt. Es wurden aber auch mehrere Einzelprojekte von größerem Umfang umgesetzt, wie der Bau von Solar- und Biogasanlagen. So ergab sich ein Netzwerk, welches den Austausch zwischen der Stadt, der Bevölkerung und Unternehmen in Bezug auf energieeffiziente Quartiersentwicklung stärkte. Der nächste Schritt war die Schaffung einer Förderkulisse im Rahmen eines Stadtumbaugebiets, welches die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs bis 2020 beinhaltete. Ein wichtiges Instrument der Quartiersentwicklung war hierbei eine kommunale Richtlinie, die sich auf die modellhaft angelegte Ziffer Nr. 9 (2) in Verbindung mit der Ziffer 11.1 der Richtlinien zur Stadterneuerung des Landes NRW² stützte. Förderfähig sind in diesem Zusammenhang Einzelmaßnahmen und Maßnahmenpakete, die unter dem Gesichtspunkt spezifischer Energie-

² Die vollständige Bezeichnung lautet „Richtlinie der Stadt Bottrop über die Förderung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen nach Nr. 9 (2) in Verbindung mit Nr. 11.1 Förderrichtlinie Stadterneuerung 2008 im Stadtumbaugebiet Innenstadt / InnovationCity vom 5. Mai 2015“

durch, dass Städtebaufördermittel zwar zur Verfügung stehen, die Kommunen diese aber nicht verausgaben können, weil die Verfahren zu kompliziert oder nicht richtlinienkonform sind. Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung ist daher die Verlässlichkeit, Verfahrensvereinfachung und auch die Einheitlichkeit der Verfahren seitens der Fördergeber.

TEIL II – Diskussion zum Thema der Arbeitsgruppe

In der zweiten Phase des Workshops wurden vor allem die beteiligten Akteure sowie die Voraussetzungen für einen klimagerechten Stadtumbau herausgestellt. Dabei wurden das vorgestellte Beispiel aber auch andere Projekte aus dem Kontext der kommunalen Arbeit herangezogen, um aufzuzeigen, welche Aspekte für eine konkrete Handlungsempfehlung benötigt werden.

FRAGE 1: WORUM GEHT ES (beim klimagerechten Stadtumbau)? WEN BETRIFFT ES?

Was sind Maßnahmen aus der Arbeit der „Sozialen Stadt“ heraus?

Vor allem eine integrierte Gesamtbetrachtung wird als notwendig erachtet. Beim klimagerechten Stadtumbau gibt es viele unterschiedliche Aspekte und Akteure, die mitberücksichtigt werden müssen. Themen wie energetische Sanierung, Grünflächen, Verkehrssituation und alternative Flächennutzungskonzepte haben eine bedeutende Stellung im klimagerechten Stadtumbau. Trotzdem ist die Gesamtbetrachtung des Quartiers wichtig – die klimagerechte Stadterneuerung muss sich dem Stadtteil und seinen Gegebenheiten anpassen.

Die „Zielgruppe“ sind in diesem Zusammenhang alle Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils. Die Eigentümerinnen und Eigentümer sind dabei ein wichtiges Bindeglied, da sie als Experten für ihr Quartier gelten und dieses am besten kennen und vertreten können.

FRAGE 2: WER MACHT MIT?

Da der klimagerechte Stadtumbau alle Menschen, die in einem Stadtteil leben, betrifft, sollten auch alle „Gruppen“ in entsprechende Maßnahmen eingebunden und als Akteure betrachtet werden. Bewohnerinnen und Bewohner werden dabei als Experten ihres Quartiers gesehen und sollten daher in die Diskussionen

darüber, wo die Ansätze für ein Klimaanpassungskonzept im Quartier liegen, eingebunden werden. Aber sie benötigen professionelle Partner an ihrer Seite.

Zu diesen gehören:

- Schulen und Bildungseinrichtungen
 - Sie sind eine wichtige Schnittstelle zwischen sozialen Themen und Klimaschutzaspekten und bieten die Möglichkeit, früh für das Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu sensibilisieren und durch Projekte auf diese aufmerksam zu machen. Beispiele sind Gartenprojekten an Schulen, die zugleich eine Aufwertung für den Stadtteil und an den Schulen sind oder auch das Projekt „Blaues Klassenzimmer“ sowie die Minibuchreihe „Unterwegs mit den Flusspiraten“ von der Emschergenossenschaft.
- Kirche – Sie ist sicher „nur“ ein Partner unter vielen weiteren. Die Kirchen wurden jedoch explizit genannt, weil in nächster Zeit viele Kirchen profaniert werden und die entweihten Gebäude nachgenutzt und auch instandgehalten werden müssen. Daher entstehen hier viele Potenziale für nachhaltige Nachnutzungskonzepte, z.B. auch mit Blick auf die Heizungen. Zudem sind die Kirchen eine der größten Immobilieneigentümerinnen Deutschlands, was sie auch in dieser Hinsicht zu einem wichtigen Akteur für eine klimagerechte Stadterneuerung macht.
- Wohnungsunternehmen – als Eigentümer großer Wohnungsbestände, bei denen sich klimaschonende Maßnahmen im großen Stil deutlich auf das Quartier auswirken würden und die damit auch eine wichtige Vorbildfunktion für kleinere Eigentümerinnen und Eigentümer in den Stadtteilen haben.
- Energieversorger – Zentrale Energieunternehmen bieten als große Kooperationspartner viele Angebote an, die vor Ort in Anspruch genommen werden können. Sie sind diejenigen, die von einem klimagerechten und energieeffizienten Quartier profitieren können und eine Vorreiterrolle einnehmen (sollten).
- Nahverkehrsunternehmen – Mobilitätslücken in kleinen oder großen Gebieten sollten geschlossen werden, indem zum Beispiel E-Lastenräder oder normale Fahrräder verliehen werden können.

FRAGE 3: WAS KÖNNEN WIR TUN?

Was können wir als Kommune tun? Was können wir aus dem sozialen Raum heraus machen, um Hauseigentümer anzusprechen und mit zu berücksichtigen?

Sanierungsmanagement, Energieberatung, Quartiersmanagement – niedrigschwellige Unterstützung auf breiter Front

Sanierungsmanager können eine niedrigschwellige Beratung bieten. Je nach Zielgruppe ist dabei eine aufsuchende Beratung sinnvoll. Den Beteiligten sollte unter anderem deutlich gemacht werden, wieviel Geld durch bestimmte Sanierungsmaßnahmen langfristig eingespart werden kann und welche Sanierungsmaßnahmen langfristig besser geeignet sind. Erst diese konkreten Zuordnungen machen die notwendigen Maßnahmen für viele Menschen überschaubar und nachvollziehbar. Eine Verknüpfung von Energieberatung und Quartiersmanagement bietet die Möglichkeit, Kontakte in verschiedene Netzwerke zu knüpfen und neue Strukturen aufzubauen. Diese Strukturen können dann als „Andockstellen“ der „Sozialen Stadt“ im Quartier genutzt werden. Und: Sowohl über ein Sanierungs- als auch über ein Quartiersmanagement kann zusätzliches Personal mithilfe von Fördergeldern in die Kommunen / Quartiere geholt werden – eine wichtige Unterstützung in Zeiten knapper Personalressourcen.

FRAGE 4: WAS BRAUCHEN WIR NOCH?

Mix aus aktiver Ansprache und Bereithalten von Informationen

Auch die Frage, wie niedrigschwelliger Kontakt geschaffen werden kann, muss beantwortet werden. Die Bereitstellung von Informationen über die Arbeit des Quartiersmanagements für die Bevölkerung ist eine Möglichkeit, sich mit dem Thema des klimagerechten Stadtbaus zu beschäftigen. Materialien zu Sanierungs- und Fördermöglichkeiten können unverbindlich in Quartiersbüros ausgelegt werden. Wichtiger jedoch ist ein aktives Angebot einer kostenlosen Einzelberatung, welche das Interesse weckt, sich weitergehend zu informieren.

Die Identifikation der Menschen mit ihrem Quartier fördern und für Engagement nutzen

Nicht zu unterschätzen ist auch die Identifikation der Eigentümerschaft mit dem Quartier. Eine hohe Bindung zur Umgebung stellt einen Anreiz dar, dort die Gebäudekulisse zu „verschönern“ und zu investieren. Diese kann mit einem attraktiven Kontext geschaffen werden. Es sollten allerdings nicht nur private Hauseigentümerinnen und -eigentümer aktiviert werden. Es benötigt auch gute Beispiele, bzw. einflussreiche Akteure, die eine Vorreiterrolle einnehmen, wie beispielsweise durch Wohnungsbau- oder Verkehrsgesellschaften.



Arbeitsauftrag an das Städtenetz Soziale Stadt NRW und Abschluss

Auf die zum Abschluss jeder Werkstatt gestellte Frage, was die Geschäftsstelle des Städtenetzes Soziale Stadt NRW tun könne, um das Thema in den Kommunen weiter voran zu bringen, wurde der Wunsch geäußert, das Thema der Umwelt(un)gerechtigkeit auf die Tagesordnung zu setzen – eventuell durch eine Veranstaltung. Gerade im Kontext der „Sozialen Stadt“ gehe es um mehr als Klimaschutz und -anpassung, es gehe auch um die Verteilung von „Klimalasten“.

Luise Jäger und Marco Eißing nahmen diese Anregung auf und bedankten sich herzlich bei allen Mitwirkenden. Sie

schlossen mit einem Appell an die Anwesenden, weitere Anliegen, Gesprächsbedarfe und Handlungsaufträge auch im Nachgang zu der Werkstatt an das Städtenetz zu kommunizieren, damit die Arbeit der Geschäftsstelle in diesem und weiteren Themen an den Bedarfen der Mitgliedskommunen ausgerichtet bleibt.

Die Werkstattreihe wird mit der Veranstaltung zum Thema „Gesundheit und Gesundheitsförderung im Quartier“ im November 2018 sowie einer weiteren Veranstaltung zum Thema Segregation im April 2019 vervollständigt.





KÖNIGHEIMROHBERG

P





Das Programm Soziale Stadt NRW



Neues Selbstbewusstsein im Quartier

Das Programm Soziale Stadt NRW zielt auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen ab. Ein zentrales Element ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbstorganisation der Bewohnerinnen und Bewohner. Durch die Stärkung des Quartiersbewusstseins und die Schaffung von Begegnungsräumen wird ein neues Selbstbewusstsein im Quartier geschaffen. Dies führt zu einer aktiveren Teilnahme an den Entscheidungen im Quartier und zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität.



Das Städteretz Soziale Stadt NRW



Gemeinsamer Ertrag durch kommunale Zusammenarbeit

Das Städteretz Soziale Stadt NRW fördert die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, um gemeinsame Erträge zu erzielen. Durch die Bündelung von Ressourcen und die Schaffung von Synergien können die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen nachhaltig verbessert werden. Ein zentrales Element ist die Förderung der bürgerschaftlichen Engagements und der Selbstorganisation der Bewohnerinnen und Bewohner. Dies führt zu einer aktiveren Teilnahme an den Entscheidungen im Quartier und zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität.



